

# Sozialismus

www.Sozialismus.de

A. Werner/R. Gebhard:  
Rechtspopulismus-Partei?



Saarland: Mit LINKS in  
den Landtag



Beckmann/Uellenberg-van  
Dawen: Dienstleistungspolitik

Stephan Krull: Volkswagens  
Vergangenheit

Forum  
Gewerkschaften

Jakob Moneta: Jude |  
Gewerkschafter | Sozialist



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

www.Sozialismus.de



Aktuelle Kommentare, Tipps & Termine.

www.wissenschaft.info



Arbeitspapiere, Veranstaltungshinweise, Referenten, Forum.

www.linksnet.de



Das Portal für linke Politik und Wissenschaft von 34 Zeitschriften.

www.vsa-verlag.de



Neuerscheinungen, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben.

### Streiken & Wählen

Bernd Riexinger: Warnstreikbeteiligung – hohe Erwartung. Zur Tarifrunde öffentlicher Dienst ..... 2

Joachim Bischoff/Hasko Hüning/Björn Radke: Saarland-Wahlen – im Schatten der Schuldenkrise ..... 5

### Fragiler Frühling in Europa?

Joachim Bischoff/Richard Detje: Entspannung in Europa – aber kein Ausstieg aus der Abwärtsspirale ..... 9

Armando Fernández Steinko: Spanien – Scheitern eines Wohlfahrtssystems ohne Arbeit ..... 15

### Machtpolitik mit Risiken

Uli Cremer: Zu Gast bei Freunden? Abzugsszenarien von NATO-Kriegern aus Afghanistan ..... 23

Lutz Brangsch: Trügerische Ruhe. Russland nach der erneuten Wahl Putins zum Präsidenten ..... 27

### »Keine Partei rechts von der Union«?

Alban Werner/Richard Gebhardt: Bedingt abkehrbereit. Warum es in der Bundesrepublik (noch) keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei gibt ..... 30

### Renten & Renditen

Christian Christen: Kapitalgedeckte Alterssicherung. Ihre Effekte und Funktionszusammenhänge mit der Finanzkrise ..... 39

Matthias W. Birkwald: Licht am Ende des Tunnels. Replik auf Johannes Steffens Kritik am LINKEN Vorschlag der Solidarischen Mindestrente ..... 42

## Forum Gewerkschaften

Martin Beckmann/Wolfgang Uellenberg-van Dawen: Dienstleistungspolitik für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit ..... 47

Stephan Krull: Die Vergangenheit ist nicht vorbei. Volkswagen und die Autostadt Wolfsburg vor dem 75. Gründungstag ..... 53

### »Überlebt habe ich sie alle...« (Jakob Moneta)

Franz Segbers: Jakob Moneta (1914-2012) – Jude, Gewerkschafter, Sozialist ... 57

Heiner Halberstadt: Überzeugter Internationalist. Ein Gespräch mit Jakob Moneta ..... 61

Mario Keßler: Mehr Macht für die Ohnmächtigen. Zum Tod von Jakob Moneta . 65

Impressum ..... 67

Veranstaltungen & Tipps ..... 68

Johannes Springer: Work Hard, Play Hard (Filmkritik) ..... 69



# Trügerische Ruhe

Russland nach der erneuten Wahl Putins zum Präsidenten

von | Lutz Brangsch

Trotz aller Fälschungsvorwürfe scheinen sich die meisten Beobachter einig zu sein, dass Putin die Präsidentschaftswahlen deutlich gewonnen hat (siehe Tabelle). Es wurde einiges getan, um den Fälschungsvorwürfen bereits im

Wahlprozess selbst entgegenzutreten zu können. So wurden die Wahllokale durch Videokameras beobachtet. Trotzdem wurden offiziell 2.300 Verstöße registriert. Welches Maß an Verfälschungen das Ergebnis noch in sich trägt, ist wahrscheinlich nie zu ermitteln. Für die weitere Entwicklung ist dies aber nur ein Detail.

Wichtig war sicher auch das Ausschalten der Opposition vom Zugang zu

den Medien. Nach Angaben der Kommunistischen Partei (KPRF) verteilte sich die Medienpräsenz der Kandidaten wie folgt: Putin 70%, Zjuganov 7%,

Prochorov 8%, Žirinovskij 10% und Mironov 5%.<sup>1</sup> Tatsächlich ist die einzig relevante Oppositionskraft immer noch die Kommunistische Partei, die in einigen Regionen der Präsidentschaftspartei Einiges Russlands Konkurrenz machte. Am

nächsten lagen die Ergebnisse dieser beiden Parteien in Omsk beieinander, wo Einiges Russland 35% und die KPRF 30% der Stimmen erreichten. Zwar gibt es immer wieder Proteste gegen das Ergebnis der



Karikatur: Economist

Lutz Brangsch ist wissenschaftlicher Referent des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

<sup>1</sup> [http://kprf.ru/rus\\_soc/103726.html](http://kprf.ru/rus_soc/103726.html) (Stand 20.3.2012)

Wahlen und auch gegen die Rolle der Medien, doch insgesamt ist es verächtlich ruhig. Dies ist eigentlich verwunderlich, wenn man die lautstarken Proteste vom Dezember in Rechnung stellt. Von einigen Seiten wird davon ausgegangen, dass sich die Proteste im Mai zur Amtseinführung Putins wieder verstärken könnten. Ob das tatsächlich passiert, ist allerdings völlig offen. Ob die Pläne eines »Marsches der Millionen« am 7. Mai erfolgreich sein werden, ist strittig.

Gegenwärtig ist es offensichtliches Ziel der Regierung, dem Wiederaufblühen der Bewegung entgegenzuwirken. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Das hängt vor allem mit dem Zustand der Opposition, besser spricht man von den unterschiedlichen Oppositionen, zusammen. Letztlich steht keiner der gescheiterten Kandidaten für eine fassbare Alternative.

Demgegenüber hat die Regierung verschiedene Initiativen in die Wege geleitet, um in dem zentralen Feld der Auseinandersetzungen, der Demokratiefrage, der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Mit der geplanten Erleichterung der Registrierung politischer Parteien<sup>2</sup> und der Erhöhung von deren Einfluss auf die Besetzung der Wahlkommissionen (bisher wurden diese in erheblichem Maße durch den Staatsapparat dominiert) hat die Regierung Bewegungsfähigkeit bewiesen. Die Kommunisten als größte Oppositionspartei und die Liberaldemokraten (paternalistisch-nationalistisch orientiert) lehnten die Erleichterung der Zulassung von politischen Parteien ab, was ihre Glaubwürdigkeit nicht erhöht haben dürfte.

Da bei den Protesten vom Dezember die sozialen Fragen untergeordnet waren, entzündeten sich an diesem tatsächlich brennenden Problem eben nicht die Auseinandersetzungen. Das Handeln der Regierung war in dieser Hinsicht geschickt. So konnte sich Putin der Unterstützung der einflussreichen russisch-orthodoxen Kirche erfreuen, auch wenn das Engagement des Patriarchen von Moskau und ganz Russland, Kirill, Kritik erntete.<sup>3</sup> Durch ihr soziales Engagement hat das Wort der Kirche Gewicht. Nach der Wahl erklärte das Patriarchat, dass die Entscheidung des Volkes

»weise« gewesen sei.<sup>4</sup>

Auf anderen Gebieten ging die Regierung in die Offensive. In sieben Artikeln im Zeitraum zwischen dem 16. Januar und dem 27. Februar 2012 versuchte sich Putin als politischer Stratege zu profilieren.<sup>5</sup> Deutlich wird dabei allerdings vor allem, dass sich in den letzten Jahren wenig bewegt hat. In einem Punkt jedoch war Putin sehr offensiv. Mit der Verkündung eines enormen Rüstungsprogramms kam er den Interessen des Militärs wie auch den in Russland nach wie vor starken geopolitischen Ambitionen entgegen. Die meisten Parteien sehen in der militärischen Stärke Russlands einen Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung. Das Wählerpotenzial in diesem Bereich wird auf 10% geschätzt.

In einem der Beiträge, der auch in der Rossijskaja gazeta Mitte Februar abgedruckt wurde, betonte Putin die Rolle des Militärischen als Garantie der nationalen Sicherheit Russlands und entwarf zugleich sehr weitgehende Visionen.<sup>6</sup> Er stellt darin die Bedeutung der Rüstung im Weltall und im Cyberspace heraus. Es gehe um qualitativ neue Waffensysteme, wie Strahlenwaffen, geophysikalisch oder psychisch wirksame Systeme. Gemeinsam mit den Kernwaffenpotenzialen seien so die eigenen Interessen wirkungsvoll zu schützen. Man habe nun den Preis für die jahrelange Unterfinanzierung der Streitkräfte zu zahlen. Zudem präsentierte er Pläne zur besseren sozialen Absicherung der Armeeinghörigen und der Einbeziehung privater Unternehmen in das Rüstungsprogramm.

Die Brisanz des Militärischen wurde deutlich, als bekannt wurde, dass in Ulanovsk, dem Geburtsort Lenins, der NATO ein Flugplatz zur logistischen Unterstützung des Afghanistan-Krieges zur Verfügung gestellt werden sollte. Es kam zu verschiedenen Protestaktionen. Inzwischen wurde die Zusage demontiert – aber die Wellen, die die Mitteilung schlug, zeigen die Bedeutung von Großmachtambitionen über die verschiedenen Parteigrenzen hinweg.

Mitte März schließlich wurde ein Papier unter dem Titel »Strategija-2020« präsentiert.<sup>7</sup> In diesem werden vor allem die Privatisierung der Staatsun-

## Stimmenverteilung auf die Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen 2012

Kandidat	Absolute Zahl der Stimmen	Stimmen in %
Žirinovskij, Liberaldemokratische Partei	4.458.103	6,22
Zjuganov, Kommunistische Partei	12.318.353	17,18
Mironov, Partei Gerechtes Russland	2.763.935	3,85
Prochorov, milliardenschwerer Einzelbewerber	5.722.508	7,98
Putin, Partei Einiges Russland	45.602.075	63,6

Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission, Vgl. [www.cikrf.ru/banners/prezident\\_2012/itogi/protokol.html](http://www.cikrf.ru/banners/prezident_2012/itogi/protokol.html) (Stand 20.3.2012)

ternehmen, die Verringerung der Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von den Außenmärkten und die Überwindung der Abhängigkeit von Rohstoffexporten gefordert. Damit sind zumindest auf der deklaratorischen Ebene verschiedene Bedürfnisse der breiten Bevölkerung wie auch von Teilen der oppositionellen Oligarchie gleichermaßen aufgegriffen.

So beklagen Kommentatoren das Verschwinden der Themen und der Führer der Opposition. Die Menschen gerade der Mittelklasse hätten keine Zeit, sich mit leeren Reden zu befassen. Die Führer der Proteste seien unfähig, zu gemeinsamen Aktionen und Zielen zu kommen – daher gehe den Protesten die Luft aus.<sup>8</sup>

Das Verschwinden der Führer und das Aufgreifen einiger Probleme durch die Regierung bedeutet aber keinesfalls das Verschwinden der Probleme. Die Konflikte in der Gesellschaft und in der Oligarchie sind bestenfalls zeitweise domestiziert.

Soziale Krise, Korruption, Rechtsunsicherheit lassen sich beim besten Willen nicht einfach so abschalten, selbst wenn das Tandem Putin/Medvedev dies wollte. Diese Konfliktfelder stehen im Gegensatz zu den Erfordernissen, die sich aus den notwendigen Modernisierungen im Lande ergeben. Die damit verbundene latente Instabilität des politischen Systems in Russland birgt sowohl national wie international unberechenbare Risiken. Vor diesem Hintergrund etwa ist das Rüstungspro-

gramm Putins auch als Versuch zu verstehen, seinem Kurs ein stabiles Rückgrat zu geben.

Es ist völlig offen, ob diese Rechnung aufgeht. Auch wenn nun 20 Jahre vergangen sind, existieren in allen Teilen der russischen Gesellschaft noch bestimmte Elemente von sowjetischen Gleichheitsvorstellungen, die beim Misslingen des nun wieder halbherzig angeschobenen Modernisierungskurses unberechenbar in Gewalt umschlagen können. Darauf ist keine der Parteien ernsthaft vorbereitet.

Die Liberaldemokratische Partei Žirinovskijs setzt auf ein nationalistisches Konzept, der Milliardär Prochorov präsentiert sich als Wirtschaftsliberaler, die Kommunistische Partei und Gerechtes Russland kombinieren soziale Fragen, Elemente von Nationalismus und linker postsowjetischer Rhetorik auf eine schwer zu durchschauende Art. Keine dieser Parteien lässt erkennen, wie sie die Forderung nach einem »ehrbar« politischen System, nach echter Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich über soziale Sofortmaßnahmen hinaus umsetzen könnte oder wollte.

Der Horizont des Sowjetischen wird kaum überschritten. Genauer – er wird nicht fruchtbar gemacht. Die Betonung sozialer Werte dieses Abschnitts russischer Geschichte ist z.T. gekoppelt mit autoritären bzw. paternalistischen Konzepten. Dies zeigt sich z.B. in einer starken positiven Bezugnahme auf Stalin. Im Rahmen der KPRF besteht ein »Antikorruptionskomitee I.V. Stalin«, in dem landesweit Fälle von Korruption dokumentiert und öffentlich gemacht werden.<sup>9</sup> Zjuganov wird auf der Website der Partei im Stile der Parteipropaganda der 1950er Jahre vor einem Banner mit den Bildnissen Lenins und Stalins gezeigt. All dies ist keinesfalls eine Kuriosität, sondern Ausdruck von Weltbildern, die sich auf ganz spezifische soziale Erfahrungen stützen. Insofern mag statistisch zutreffen, dass die KPRF eine »alte« Partei ist, sie repräsentiert aber als stärkste und landesweit verankerte Oppositionspartei eine relevante gesellschaftliche Strömung und vor allem Kultur. Und sie steht in ihrer Erscheinung zugespitzt für den Wider-

spruch zwischen sozialen Anliegen bzw. Notwendigkeiten auf der einen und dem Fehlen von Umsetzungsstrategien auf der anderen Seite.

So bleibt nach den Wahlen die entscheidende Frage, auf welche Basis sich das gesellschaftliche und politische System künftig wird stützen können. Von einem sozialstaatlichen Kompromiss im westeuropäischen Sinne ist die russische Gesellschaft weit entfernt. Die Kräfte und Kräftekonstellationen dafür fehlen schlichtweg. Ein eigenes Modell jenseits der nationalistischen Rezepte existiert nicht. Eine Rückkehr zur Sowjetunion ist weder politisch noch wirtschaftlich möglich. Eine deutliche Kompromisslinie zwischen den verschiedenen sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Interessen ist auch nach den Präsidentschaftswahlen nicht zu erkennen.

Die Frage der Demokratie ist das einzige Feld, auf dem sich bisher Spuren eines solchen Kompromisses ausmachen lassen. Da aber bereits die Frage der Rechte der Beschäftigten oder gar der Wirtschaftsdemokratie wieder polarisierend wirkt, ist deren Reichweite begrenzt. Gerade hier laufen harte Auseinandersetzungen ab. Ganz zu schweigen von der Migrations-, Gleichstellungs- oder Umweltpolitik. Das Verbot »homosexueller Propaganda« in St. Petersburg etwa kann sich auf eine breite Allianz über Parteigrenzen hinweg und das Wohlwollen der russisch-orthodoxen Kirche stützen.

Die Option einer sanft-paternalistischen oder autoritären Ordnung verschwindet in dem Maße, in dem sich der russische Kapitalismus mit den entsprechenden Strukturen konsolidiert. Auch braucht er für sein Überleben eine gut ausgebildete weltzugewandte städtische Mittelschicht, um konkurrenzfähig zu bleiben. Mit dem WTO-Beitritt und der oben angeführten Strategie einer grundlegenden Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen und Veränderung der Stellung Russlands auf dem Weltmarkt wächst ihre Bedeutung. Die Mittelschicht aber ist es, die (politische) Demokratie, Umwelt- und Gleichstellungsthemen bewegt.<sup>10</sup> Bei der breiten Einkommensspreizung hat sich allerdings ein Teil dieser Schicht schon weit

## Zum Thema:

- Lutz Brangsch: Russland schlingert seinen Weg, Sozialismus 2/2012, S. 14-17.

von den Problemen der Masse der Bevölkerung entfernt. Auch für sie steht also die Frage, wo der Bezugspunkt des eigenen politischen Verhaltens liegen soll – sozialer Ausgleich oder der von den Liberalen vorangetriebene Kurs der Polarisierung.

Ist Putin also ein Verlegenheitspräsident? Vielleicht – aber auf jeden Fall ist er wieder ein Übergangspräsident. Die Proteste vom Dezember sind Anzeichen für Veränderungen in den Grundlagen der russischen Gesellschaft. Will Putin nicht scheitern (und auch harte autoritäre Lösungen wären ein Scheitern), muss er bzw. muss seine Strömung zu einer prinzipiell anderen Politik kommen, muss strukturelle Veränderungen auf den Weg bringen. Der Versuch, über die erwähnten Programme Entwicklung zu generieren, wird nicht mehr ausreichen. Diese Praxis hat im Übrigen bisher auch schon nicht funktioniert. Paradoxerweise hängt sein politisches Überleben von einer starken außerparlamentarischen Opposition ab – von Gewerkschaften, starken NGOs, Basisinitiativen und Internetcommunities –, deren Entstehen in seinen Regierungszeiten immer wieder verhindert bzw. hintertrieben wurde. Es kann sich erweisen, dass sich am Ende Putin selber im Weg steht.

<sup>2</sup> Das Projekt wurde am 20. März in 2. Lesung im Parlament verabschiedet. [www.electorat.info/blog/6310.html](http://www.electorat.info/blog/6310.html) (Stand 20.3.2012)

<sup>3</sup> [www.interfax-religion.com/print.php?act=news&id=9079](http://www.interfax-religion.com/print.php?act=news&id=9079) (Stand 20.3.2012)

<sup>4</sup> [www.interfax-religion.com/?act=news&div=9119](http://www.interfax-religion.com/?act=news&div=9119) (Stand 20.3.2012)

<sup>5</sup> <http://putin2012.ru/> (Stand 20.3.2012)

<sup>6</sup> [www.rg.ru/2012/02/20/putin-armiya.html](http://www.rg.ru/2012/02/20/putin-armiya.html) (Stand 20.3.2012)

<sup>7</sup> [www.newsinfo.ru/articles/2012-03-14/economy/770950/](http://www.newsinfo.ru/articles/2012-03-14/economy/770950/) (Stand 20.3.2012)

<sup>8</sup> [www.ng.ru/ng\\_politics/2012-03-20/9\\_entusiasm.html](http://www.ng.ru/ng_politics/2012-03-20/9_entusiasm.html)

<sup>9</sup> <http://beyvora.ru/> (Stand 20.3.2012)

<sup>10</sup> Vgl. dazu auch Linke, Peter: Putin nach Putin. Anmerkungen zur Präsidentschaftswahl in Russland. [www.rosalux.de/news/38227/putin-nach-putin.html](http://www.rosalux.de/news/38227/putin-nach-putin.html) (Stand 20.3.2012)



# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie  Reloaded  ABC  SolÖk
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie  Reloaded  ABC  SolÖk
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

